

verbessert werden. Meine Herren! Es kann einmal ein Fehler vorkommen, also auch bei unserer Polizei; aber den Willen zu haben, wirklich Unrecht zu thun, wie Herr Abg. Liebknecht gesagt hat, dafür fehlen mir alle Beweise. Ich kann den Behauptungen des Herrn Abg. Liebknecht Nichts weiter entgegenstellen, wie meinen Glauben, meine Ansichten. Aber wie gesagt, Eins habe ich aus seiner Rede entnommen, daß, wenn die Behauptungen bezüglich des Auftretens der Polizei so sind, wie die erste, ich nicht viel von seinen Aeußerungen zu halten habe. Ich kann nichts Anderes sagen, als das rühmende Zeugniß zu geben, daß die Dresdner Einwohnerschaft entschieden mit dem Benehmen und der Haltung der Polizei vollständig einverstanden ist.

Abg. Bönißch: Meine Herren! Ich will mich auf eine Kritik der Polizeibeamten ebensowenig einlassen, wie auf eine nähere Kritik der Rede des Herrn Abg. Liebknecht. Aber ich muß in Bezug auf die Behauptung, daß die Dresdner in der Mehrzahl socialdemokratisch seien, mich den beiden Dresdner Herren anschließen, welche dies bereits abgelehnt haben. Ich will nur hinzufügen, daß zunächst die Wahl in Altstadt-Dresden geradezu das Gegentheil von Dem, was der Herr Abg. Liebknecht behauptet, erwiesen hat, nämlich, daß die nichtsocialdemokratischen Parteien die Mehrzahl gehabt haben; und wenn das Endresultat bei der Stichwahl anders ausgefallen ist, so ist dieses Stichwahlresultat offenbar nicht ein Beweis dafür, daß nun die Mehrzahl der Dresdner Wähler socialdemokratisch sei. Dieser Beweis wäre schon mathematisch falsch. Ich muß aber noch darauf hinweisen, daß von der großen Anzahl der Wähler Dresdens eine sehr große Anzahl, leider und sehr bedauerlicherweise, nicht zur Wahlurne gegangen ist. Es wäre aber ganz falsch, daraus schließen zu wollen, daß in demselben Verhältniß, wie die Wählenden sich zu den Parteien gestellt haben, auch die Nichtwählenden zu denselben Parteien stünden. Denn das ist notorisch, daß die Anhänger der socialdemokratischen Partei fleißiger zur Urne gehen, als die Wähler der anderen Parteien. Ich constatire das mit tiefem Bedauern; aber es ist leider so und daher kommt es auch, daß man nicht sagen kann, die nicht zur Wahlurne gehenden Wähler theilten sich in gleichem Verhältniß in die Parteistellungen, wie die zur Wahlurne gehenden Wähler. Nein, es ist gerade umgekehrt. Zur Wahlurne gehen die socialdemokratischen Wähler zahlreicher, als die anderen, mithin stellt sich das Verhältniß Derer, die nicht wählen, zu Gunsten der nichtsocialdemokratischen Parteien. Das nur zur Richtigstellung der Behauptung des Herrn Abg. Liebknecht in Bezug auf die Stellung der Dresdner zu den Parteien.

Abg. Adermann: Ich schließe mich dem Proteste

der Herren Vorredner gegen die Behauptung, daß die Dresdner Bevölkerung socialdemokratisch sei, an. Warum Dresden sich von dem Herrn Bebel im Reichstag vertreten lassen muß, das zu erörtern, ist hier nicht der Ort. Ich glaube, ich bin nicht berechtigt, über die Gründe, aus welchen die Bebel'sche Wahl sich erklären läßt, zu sprechen. Es wird genügen, gegen die Behauptung zu protestiren und das Bedauern auszusprechen, daß die Wahl das Resultat ergeben hat, welches vorliegt.

Der Herr Abg. Liebknecht hat das Postulat der Regierung, vier Registratoren und zwei Assistenten bei der königl. Polizeidirection mehr anzustellen, benützt, um zu sprechen über systematische Verfolgung, Spionage, Verletzung des Briefgeheimnisses und noch einiges Andere, das wir in dieser Session schon zum so- und sovielten Male gehört haben. Ich respectire die Redefreiheit vollständig; aber ich muß doch sagen, es wird die Geduld der Kammer in einer Weise in Anspruch genommen, daß es angezeigt erscheint, den Herren, die uns zumuthen, bei jeder Gelegenheit Reden socialdemokratischen Inhalts anzuhören, zu sagen, daß sie in der Kammer doch mit solchen Reden nun endlich Maß halten möchten.

Der Herr Abg. Liebknecht meint, er würde noch Fälle vorlegen, aus welchen wir die Ueberzeugung gewinnen müßten, daß die Polizeidirection zu Dresden ihre Pflichten verletzt hätte. Schön! Wenn der Instanzenzug erschöpft ist, wenn wirklich nichts weiter übrig bleibt, als eine Beschwerde an die Kammer zu bringen und wenn die Kammer competent ist — was z. B. die Frage mit dem Briefgeheimniß und den Einrichtungen der Post anlangt, so möchte ich im Voraus bezweifeln, daß wir hierüber zu befinden hätten —, so werden wir die Beschwerde geschäftsmäßig erledigen. Aber heute eine Rede halten und ankündigen: wir wollen einen Antrag einbringen, da werden Sie schauerhafte Dinge hören, da werden Sie sich überzeugen, daß die Polizei gesetzwidrig handelt, und dann einen solchen Antrag später stellen und die ganze Angelegenheit noch einmal durchsprechen — ich weiß es ja nicht, ob er kommt —, das scheint mir doch des Guten oder des Uebeln, wie Sie eben Stellung zur Sache nehmen, zuviel zu sein. Mögen nur die Anträge kommen, wir werden sie prüfen; aber so allgemeine Redenarten bringen, wie wir sie heute und oft schon gehört haben, dagegen verwahre ich mich und ich spreche es offen aus, mir geht nunmehr die Geduld aus. Ich muß es freilich ertragen und der Herr Präsident wird und kann auch diesen Rednern das Wort nicht verkürzen, das ist selbstverständlich. Aber ich habe das Recht, zu sagen, daß die Speculation auf die Geduld der Kammer über alle Grenzen geht.